

# Litauische Rundschau

Preis Einzeln. 50 Pl

Einzige deutsche Tageszeitung in Litauen.  
Organ der Partei der Deutschen Litauens.

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučio g-vė Nr. 4.  
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.  
Telegrammadresse: Litru Kaunas.  
Postcheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.  
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.  
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.

Nr. 63.

Kowno, Donnerstag 7. April 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags Abonnementpreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen für 1 Monat — 10. M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.  
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 3 Mark an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigenstrich) 4 M. 50. Pf. Stellensuche, Stellenangebote & Familiennachrichten 2 Mark. Preisaenderungen behaltet sich die Redaktion vor.

## Bodenreform in Litauen.

von Oskar v. Buechler.

In Nr. 8. u. 9. der „L. R.“ habe ich Litauen gegen den unverdienten Vorwurf in Schutz genommen, dass es die Bodenreform im „räuberischer Enteignung“ durchführen wolle, wie sie vielleicht in Letland und Estland versucht wird, und habe den bloss vorläufigen Charakter aller bisher ergangenen Einzelgesetze hervorgehoben. Sie bezweckten zunächst einen „Bodenfonds“ zu schaffen.

Ein weiterer Schritt wird jetzt durch einen neuen Gesetzentwurf eines „Bodenreformgesetzes“ getan, der auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Seims nach Ostern steht. Das Ziel der Bodenreform ist die ausreichende Versorgung der Landhungrigen Landlosen und Laudarmen mit Land. Ohne auf die Art der Durchführung dieser Reform näher einzugehen, möchte ich hier nur einiges über die finanziellen Durchführung der Reform, wie sie nach dem Entwurf beabsichtigt wird, sagen. Das Wichtigste ist, dass auch nach dieser Richtung eine abschliessende Regelung noch nicht erfolgt, insbesondere noch nicht bestimmt wird, ob eine oder mehrere Finanz-Behörden oder Kreditanstalten die finanzielle Regelung auf sich nehmen werden. Dagegen wird es weiteren Kreisen zur Beruhigung dienen zu hören, dass beabsichtigt wird, die von der Enteignung betroffenen Grundbesitzer in Geld zu entschädigen.

Dabei steht im Vordergrund der weittragende Grundsatz, dass der Bodenwert vor dem Weltkriege zu Grunde gelegt wird. Müsste man davon ausgehen, dass im Laufe des Weltkrieges eine Steigerung des Bodenwertes eingetreten ist, so würde diese Regelung als eine etwas eigenartige, aber nicht völlig unberechtigte Form einer „Wertzunwachssteuer“ angesprochen werden können. Richtig ist dagegen, dass die „Wertsteigerung“ nur eine scheinbare ist, dass sie keineswegs auf einer höheren Leistungsfähigkeit des Bodens oder auf einer erhöhten Nachfrage nach Boden beruht, sondern überwiegend im Sinken des Wertes des Geldes besteht, das doch auch unter normalen, gleichbleibenden Verhältnissen nicht selbst Wertträger sondern nur ein zahlenmässiger, allgemeiner Wertmesser ist, diese Funktion aber unter abnormen Verhältnissen einbüsst, von diesem Gesichtspunkte aus enthält die Benachteiligung der Grundbesitzer eine „Ungerechtigkeit“.

Aber diese Ungerechtigkeit ist keine grössere als die in der Enteignung selbst liegende. Wie die Enteignung an dem Grundpfiler „Eigentum“ unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung rüttelt, so rüttelt die Wertdrückung an der Grundlage selbst: „Kapital“. Dass eine Bodenreform ohne Erschütterung dieser Grundlagen und Pfeiler nicht vor sich gehen kann, liegt in der Natur der Sache. Die Festigkeit der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in der trägt die Erschütterung oder erträgt sie nicht. In Litauen wird sie sie ertragen. Und über die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit dieser Art der Bodenreform zu rechten, ist m. E. zwecklos.

Ich habe übrigens keinen Zweifel, dass die erdrückend überwiegende Mehrheit nicht nur der litauischen Staatsbürger sondern der Menschheit der ganzen Welt in dieser „Ungerechtigkeit“ nichts anderes erblicken werden als was sie im Grunde ist: eine „Wiedergutmachung“, nicht im überberichtigten Versailler Sinne, sondern im Sinne einer allgemeinen anerkannten, rechtlich geordneten, zwangsweisen Befriedigung eines Gläubigers aus dem Vermögen seines Schuldners. Schuldner ist die Gesamtheit der Repräsentanten der früher herrschend gewesenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schicht, Gläubiger — die Litauen, denen von dieser Schicht das natürliche Anrecht auf den Grund und Boden rechtlich in ei-

ner solchen Weise beschritten war, dass dieses „Recht“ zum (moralischen) Unrecht wurde. Auf dem — rechtlich genommen — mehr oder minder revolutionierenden Wege der Bodenreform wird das moralische Unrecht „wieder gut gemacht“: der Grund und Boden denen zugänglich gemacht, die ein natürliches Anrecht auf ihn hatten und haben. Hier von Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit zu sprechen, heisse das „Recht“ in seinem innersten Wesen verkennen.

(Schluss folgt).

## Aus dem Parteileben.

Am Sonntag, den 3. April 1921, fand in der Volksschule Mickiewitschstrasse 5 die zum zweiten Male einberufene Kreisversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1) Aufnahme von neuen Mitgliedern, 2) Wahl der Delegierten zum Grossen Delegiertentag, 3) Wahl eines neuen Kreisausschusses, der Revisionskommission sowie der Bezirksvorsteher 4) Verschiedenes.

Nachdem die Anwesenden, die bis dahin noch nicht Mitglieder der Partei waren, sich als solche hatten anschreiben lassen, teilte sich die Versammlung nach den einzelnen Bezirken, um die Delegierten zum Grossen Delegiertentage zu wählen. Schanzen mit 197 Mitgliedern hatte 2 Delegierte, die Bezirke Karmeliten, Neustadt, Altstadt, Grüner Berg und Alexoten mit 154 Mitgliedern ebenfalls 2 Delegierte zu wählen. Es wurden gewählt: für Schanzen die Herren Otto Pluskat und Karl Gilde, für die anderen Bezirke R. Kinder und L. Döring.

In den Kreisausschuss wurden gewählt: Herr R. Kinder als Vorsitzender, O. Freutel als Sekretär, G. Hermann als Kassierer, Frau E. Freutel und Frau J. Baranowsky als Kandidaten; in die Revisionskommission: Herr J. Mett, Fräulein B. Hitzegrad, Herr R. Franke; zu Bezirksvorstehern: für Schanzen Herr K. Karitzki, als Kandidat Herr W. Freidank; für Karmeliten Herr H. Doering, als Kandidaten Frau Gudat und L. Mauruschat; für Neustadt Herr Weiss, als Kandidaten die Herren Wegner und Kumpfert; für Altstadt Herr Lippe; für Alexoten Herr Leopold Bohrmann. Unter „Verschiedenes“ wurden die Fragen der Armenversorgung besprochen. Schluss 8 Uhr abends.

Kreisausschuss Kowno-Stadt.

R. Kinder, Vors. O. Freutel, Sekr.  
gez. I. A. Otto Freutel.

## Wirballen.

Bericht des K. A. Wirballen über seine Tätigkeit für die Zeit vom 10. Oktober 1920 bis zum 1. April 1921.

In der angeführten Berichtszeit fanden 20 Sitzungen des K. A. und drei Kreisversammlungen statt. Ausserdem berief der K. A. Wirballen, gemäss seinem Beschluss vom 16. November 1920 am 17. November 1920 in Kibarty eine Versammlung ein, um die Bewohner Kibartys, von denen nur sehr wenige (25) zur Partei gehörten, zur Mitarbeit aufzufordern. Hier sprachen vom K. A. Wirballen der Vorsitzende und Herr Pastor von Moczulski über Ziele und Aufgaben der Partei und über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Deutschen. Der Erfolg der Versammlung übertraf alle Erwartungen. Trotz der bis dahin geäußerten Zurückhaltung der Kibarter in Parteisachen meldeten sich an an diesen Tage etwa 60 Mitglieder an, und die Wahl des K. A. Kibarty wurde durchgeführt. Kibarty zählt augenblicklich etwa 800 Mitglieder.

Ferner teilte der Vorsitzende des Z. A., Herr Kinder, am 2. Januar 1921 dem Vorsitzenden des K. A. Wirballen, Herrn Wittmoser mit, dass der Z. A. sein Amt niederlege und den K. A. Wirballen

K i n o - P A L A S , K o w n o .  
ab 4 April „BERLIN W“.

Riesensfilm mit ersten Berliner Künstlern  
Täglich nur 2 Vorführungen pünktlich um 6 Uhr u. 8 1/2 Uhr.  
Vorverkauf v. 11—1 Uhr im Theater-Büro I. Treppe.

bitte einen neuen Z. A. zu bilden. Hierauf entschloss sich der K. A. Wirballen, Delegierte von allen K. A.'s, den Vertreter der „Litauischen Rundschau“ und den Seimabgeordneten nach Wirballen einzuladen, um eine Lösung der Frage herbeizuführen. Bereits am 5. Januar 1921 fand die Versammlung der Delegierten statt, und es kam zur Bildung des jetzigen vorläufigen Z. A.

Mit Rücksicht auf die schwierige finanzielle Lage der Partei entschloss sich der K. A., am 26. Dezember 1920 einen deutschen Familienabend zu veranstalten. Dieser Abend brachte einen Reinertrag von 6248,10 Mark, die bereits von der Kasse des K. A. übernommen sind. Des ferneren veranstaltete der K. A. Wirballen Sammlungen für die „L. R.“ und führte an Sie den Betrag von 668,80 M. ab. Für die Deutsche Oberrealschule gingen an Spenden 30.—M. ein.

In der Berichtszeit zahlte der K. A. an den Z. A. insgesamt 4800 M.

Wie bereits berichtet, nahm der K. A. an der Feier des 16. Februar 1921 teil.

Am 12. März 1921 beschloss der K. A., ein Vereinslokal in Wirballen zu eröffnen, um durch Vorträge, Bibliothek, Ratschläge usw. die Parteimitglieder öfter versammeln zu können und somit erfolgreicher an der Erweiterung der Partei arbeiten zu können.

Der K. A. Wirballen steht augenblicklich mit dem Deutschen Verein in Langkupyany in Verhandlungen, um eine Verschmelzung mit der Partei herbeizuführen. Durch diesen Zusammenschluss würde die Partei etwa 120 Mitglieder und eine umfangreiche Bibliothek erwerben.

Die Zahl der Mitglieder des K. A. betrug am 10. Oktober v. J. 165 Mitgl., am 28. Nov. v. J. zählte der K. A. bereits 422 Mitglieder und jetzt zum 1. April 1921 stieg die Mitgliederzahl auf 649 und ist noch ständig im Wachsen begriffen.

Der Bericht ist kurzgefasst, ohne auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die allenthalben zu überwinden sind. Jeder für die Partei tätige wird sie zu würdigen wissen.

Der Vors. K. Wittmoser, Ing.

Der Sekr. M. v. Moczulski.

## Zur litauisch-polnischen Streitfrage.

Einladung Hymans zur Brüsseler Konferenz fuer den 18. April.

KOWNO, 5. 4. (Elta)

Unser Vertreter beim Völkerbund, Galvanauskas, hat von dem Vorsitzenden des Völkerbundesrates, Paul Hymans, aus Brüssel folgende Note erhalten:

Herr Minister! Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz eine Abschrift der Note des polnischen Ministers des Ausseres, Fürsten Sapieha, an den Vorsitzenden des Völkerbundesrates, S. Exz. G. da Cunha, zu übermitteln, in der die polnische Regierung ihren Standpunkt hinsichtlich des Vorschlages des Völkerbundesrates vom 3. März niedergelegt hat. Ferner füge ich Abschrift meiner Antwort bei.

Wie Sie daraus ersehen, macht die polnische Regierung wegen einiger Punkte des Vorschlages,

besonders wegen des Zustandes der umstrittenen Gebiete bis zu einer Entscheidung durch die Brüsseler Konferenz Anstellungen.

Ich hatte den Eindruck, dass es unter diesen Verhältnissen unmöglich ist, die Konferenz zu eröffnen, wenn an eine endgültige Lösung geschritten werden soll, die alle territorialen, wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Fragen entscheiden würde, die zwischen zwei Staaten bestehen.

Trotzdem will der Völkerbundsrat kein Mittel unversucht lassen, den Streit zu schlichten, der den Frieden im Osten Europas gefährdet.

Ich habe somit die Ehre, die litauische Regierung im Namen des Völkerbundsrates zu bitten, zum 18. April ausreichend bevollmächtigte Vertreter nach Brüssel zu einer Konferenz mit den Vertretern Polens zu entsenden. Unter meinem Vorsitz wird der Versuch gemacht werden, möglichst zu einem zeitweiligen Verträge zwischen beiden Staaten zu gelangen, durch den die Lage des umstrittenen Gebietes ungeachtet einer eventuellen späteren Entscheidung provisorisch geregelt werden soll. Gelingt es, ein Provisorium zu schaffen, so würden die Verhandlungen über ein endgültiges Abkommens sofort anschlussend eröffnet werden.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir telegraphisch mitteilen würden, ob die litauische Regierung es für möglich hält, meinen Vorschlag anzunehmen, und ob die Vertreter Litauens zur festgesetzten Zeit in Brüssel eintreffen werden.

Gemeinhin Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner Hochachtung.

Paul Hymans.

In der Antwortnote an den Fürsten Sapieha gibt Hymans seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass die polnische Regierung den Vorschlag des Völkerbundsrates vom 3. März nicht uneingeschränkt angenommen hat. Die Vorbehalte der polnischen Regierung erschwerten die Aufnahme der Verhandlungen und zwängen dazu, durch Präliminarien ein vorläufiges Abkommen zu erstreben, auf Grund dessen dann die endgültigen Verhandlungen vor sich gehen könnten. Hymans bitte die polnische Regierung, ihm mitzuteilen, ob sie Delegierte zu Präliminarien nach Brüssel entsenden werde, und appelliert daran, dass die Lage des umstrittenen Gebietes, besonders Wilnas, einen Aufschub der Verhandlungen nicht dulde, da die Ernährungslage in Wilna, nach den beim Völkerbund eingegangenen Nachrichten, durchaus unzulänglich sei.

Wie „Der Jud“ meldet, hat die polnische Regierung bereits eine Delegation für die Verhandlungen in Brüssel bestimmt. Sie wird aus fünf Personen bestehen, an deren Spitze Dr. Askenasy steht. Die Delegation wird am 15. April nach Brüssel abreisen. (Elta)

### Zur Lage im Deutschen Reich.

Die Gerüchte von einer Aufstandsbewegung in Berlin bewahrheiten sich nicht. Allenthalben wahrte die Arbeiterschaft ihre besonnene Haltung gegenüber dem verbrecherischen Treiben kommunistischer Elemente. So richtete u. a. die Bezirksleitung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes an die Berufsgenossen folgenden Aufruf: „Die Erschiessung des Obermaschinen Sylt soll den Linksputschisten als willkommenes Gelegenheit dienen, ihre in Berlin misslungenen Pläne doch noch zur Durchführung zu bringen. Wie schon vor den Ostertagen, so versuchen

nun auch unverantwortliche Elemente, besonders die Eisenbahner für eine Aktion zu gewinnen. Eisenbahner! Man hat versucht, über die Bezirksbetriebsräte hinweg Euch in diese unsinnige Bewegung zu treiben, und da dies nicht geglückt ist, will man den Versuch an den örtlichen Dienststellen wiederholen. Wir warnen hiermit die Eisenbahner und hoffen von den denkenden Eisenbahnern, dass sie den unverantwortlichen Treibern ganz energisch die Stirn bieten.“

Im ganzen Aufbruchgebiet flaut nach den neu vorliegenden Nachrichten die Aufstandsbewegung mehr und mehr ab.

### Falschmeldung über Oberschlesien.

BERLIN, 2. 4.

Zu der Nachricht, die interalliierte Kommission in Oppeln habe mit grosser Stimmenmehrheit eine Grenzlinie vorgeschlagen, die im wesentlichen der Korfanty-Linie gleichkommt, haben vier Erkundigungen eingegeben und dadurch festgestellt, dass die „gut informierte Seite“, von der in der Meldung die Rede ist, nichts als die Wiedergabe einer Notiz aus polnischen Blättern darstellt. Den deutschen zuständigen Stellen ist von solchen Absichten nichts bekannt. (K.H.Z.)

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ist in dem ober-schlesischen Kreise Rybnik dank dem energischen Durchgreifen der italienischen Besatzung und der englischen Kontrolloffiziere die Ruhe wieder hergestellt. Die ober-schlesischen Zeitungen erscheinen alle wieder, die Zensur bleibt indessen bestehen.

### Die Wahl des deutschen Reichspräsidenten.

BERLIN, 2. 4.

Die Nachrichten, dass eine neue Vereinbarung der Parteien über die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar bevorstände, beruhen laut „Vossischer Zeitung“ auch diesmal lediglich auf Kombinationen. Bekanntlich hat der Reichspräsident selbst auf die möglichst schnelle Anberaumung der Wahl gedrängt. Mit Rücksicht auf die Entscheidung über Oberschlesien wird die Wahl auf keinen Fall vor Ende Mai vor sich gehen können. (K. H. Z.)

### Exkaiser Karl.

BERLIN, 2. 4.

An der bevorstehenden Abreise Kaiser Karls aus Ungarn ist nicht mehr zu zweifeln, wenn auch alle Meldungen über die Vorbereitungen zur Abreise von ungarischer Regierungsseite stammen. Von Seiten des Exkaisers selbst liegt bisher keine authentische Erklärung vor, jedoch ist die Stimmung in Steinamanger nach zuverlässigen Meldungen stark gesunken. Über Reiseweg und Reiseziel schwebt ein geheimnisvolles Dunkel, das vielleicht absichtlich, um Zwischenfällen zu vermeiden, aufrechterhalten wird. Nach einer Wiener Meldung der „National-Zeitung“ soll der breiten Öffentlichkeit die Abreise erst mitgeteilt werden, wenn Karl sich schon in der Schweiz befinden wird.

Wie aus Bern gemeldet wird, wird der schweizerische Bundesrat Exkaiser Karl nur eine provisorische Aufenthaltserlaubnis in der Schweiz geben. Es soll festgestellt werden, unter welchen Verhältnissen der Kaiser das Land verlassen hat. Erst dann wird

der Bundesrat darüber entscheiden, ob ein weiterer Aufenthalt in der Schweiz dem Exkaiser noch gestattet werden kann oder nicht.

Der Staatsrat des Kantons Waadt beschloss, dem Bundesrat mitzuteilen, dass der Exkaiser nicht mehr im Kanton geduldet werden könne, nachdem er seinem ausdrücklichen Versprechen, sich während seines Aufenthaltes im Kanton jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, nicht nachgekommen ist. (K.H.Z.)

Wie es heisst, will Exkaiser Karl zu Gunsten seines minderjährigen Sohnes auf den ungarischen Thron verzichten.

### Vom engl. Streik.

LONDON, 4. 4.

Die Blätter beschäftigen sich mit der Entwicklung des Kohlenarbeiterstreiks. In zahlreichen Bezirken beschlossen die Eisenbahner, die Bergarbeiter zu unterstützen. Die von dem Vertreter des Arbeitereidbundes abgegebenen Erklärungen werden daher ausgelegt, dass sich die Eisenbahner und Transportarbeiter den Bergwerkarbeitern in jeder Weise anschliessen werden. Der Führer der Eisenbahner sagte, wenn sie gemeinsam, handeln, werden die englischen Bergarbeiter und Transportarbeiter Erfolg haben. Der Führer des Transportarbeiterverbandes erklärte, wenn die Arbeiter geschlagen werden sollten, so sei es besser, dass sie alle zusammen schlagen würden.

Das Parlament, das heute zusammentritt, wird sich gleich mit der Kohlenkrise befassen. Das Budget wird erst zu Ende des Monats eingebracht werden.

### Amerika und der Frieden.

PARIS, 4. 4.

Nach der „Chicago Tribune“ hatte Senator Knox am Sonnabend eine dreistündige Unterredung mit dem Präsidenten Harding. Es wird behauptet, dass Knox eine Friedensresolution einbringen werde, dass er jedoch wahrscheinlich eine Klausel anhängen würde, in der die Absicht ausgesprochen wird, darauf zu bestehen, dass Deutschland seine Verantwortlichkeit anerkenne, den Krieg begonnen zu haben und dass es seinen Verpflichtungen nachkommen müsse.

### Maifeier in Schweden.

STOKHOLM, 4. 4.

Branting forderte das arbeitende Volk Schwedens zur Riesenmaifeier auf, nicht nur gegen reaktionäre Bestrebungen innerhalb Schwedens, sondern auch gegen den Bolschewismus und den Entente-kapitalismus, der die Völker Mitteleuropas für Generationen zu Sklaven zwingen will.

### Kleine Meldungen

PARIS, 4. 4.

Nach einer Meldung aus Athen, wird halbamtlich angekündigt, König Konstantin, begleitet von den Prinzen Nikolaus und Andreas, werde demnächst nach der kleinasiatischen Front abreisen.

BOLOGNA, 4. 4.

Durch eine Verordnung wurde der hiesige kommunistische Ausschuss aufgelöst.

### Theater und Konzerte.

Staatsoper. Am Donnerstag, den 7. April, abends 7 Uhr, „Traviata“. Besetzung wie bisher. Billets täglich von 5-7 Uhr an der Theaterkasse.

TÄGLICH V. 10<sup>1/2</sup>-2 UHR NACHTS  
**KABARETT**  
UNTERMITWIRKUNG NEU EINGETROFFENER KABARETTKÜNSTLER.

**RESTAURANT**  
IRANGES.  
STÄDTGARTEN.  
ERSTES KELLNERARTELL.

Diners, Soupers zu jeder Zeit.  
**ERSTKLASSIGE KUECH**  
Gutgepflegte Weine ff. Biere  
Mässige Preise.

## Moses Braun

Kowno, Laisves-Aleja Nr. 49.  
Telef. 339. Telegr.-Adr. Braun Kowno.

An-u. Verkauf sämtlicher Valuten u. Wertpapiere zu Berliner Preisen. Checkverkehr und Überweisungen nach u. aus allen Ländern der Welt.

## Bank-Kontor u. Wechselstube.

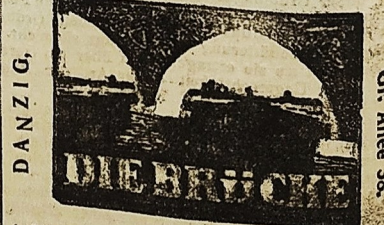
### Tabak u. Zigaretten

## O. ISSERLIS

Tabak: „Solonas“ 1/2 Pfd. . . . .	20-Mark
„Smirna“ . . . . .	12
„Basma“ . . . . .	9
„Jalta“ . . . . .	7
Cigaretten ohne Mundstück „Rekordas“	35 Pf.
„ mit „Idealas“	30
„ „ „Extra“	35
„ „ „Präsidentas“	30
„ „ „Laisve“	30
„ „ „Marute“	25
„ „ „Birute“	25
„ „ „Lyra“	20

Deutsche erfahrene Köchin u. Stubenmädchen :: **SUCHEN STELLUNG.**  
Angebote an Fr. Dobbert, Kalna g-ve 16.

Führende polkt. Wochenschr. f. d. Osten



in Kowno zu beziehen durch die „Litauische Rundschau“ Keistucio gatvė 4.